

01.02.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

am 30.01.2019 hat das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) aktuelle Todeszahlen auf dem Mittelmeer veröffentlicht: Im Jahr 2018 sind täglich durchschnittlich 6 Migranten und Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken. Insgesamt sind das 2.275 Tote. Mitverantwortlich macht das UN-Flüchtlingshilfswerk die EU - nämlich die Einschränkung der Such- und Rettungsmissionen sowie die Behinderung privater Seenotrettungsorganisationen. "Man kann sich nicht aussuchen, ob man Menschen in Seenot rettet oder nicht. Es ist keine Frage der Politik, sondern eine uralte Pflicht", sagte UNHCR-Chef Filippo Grandi ([unter anderem das ZDF berichtete über die Zahlen des UNHCR](#)).

In den letzten Monaten haben private Seenotrettungsorganisationen immer wieder vor europäischen Küsten ausharren müssen, weil die EU-Staaten die von ihnen geretteten Geflüchteten nicht aufnehmen wollten. Erst vorgestern konnten 47 Menschen in Italien an Land gehen, die vorher fast 2 Wochen an Bord der Sea Watch 3 ausharren mussten. [Zuvor hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden](#), dass Italien die Menschen an Bord des vor der italienischen Küste ankernden Schiffs zumindest mit den lebensnotwendigsten Dingen versorgen muss.

Die Bundesregierung setzt weiterhin auf die "Bekämpfung von Schleppern". Ein wichtiger Partner dabei ist die Zusammenarbeit mit der sogenannten Libyschen Küstenwache. Wie die Libysche Küstenwache vorgeht, wenn sie Menschen in Seenot auffindet, zeigt ein [Video der New York Times](#), das in Zusammenarbeit mit der privaten Seenotrettungsorganisation Sea Watch entstand. Es handelt sich um eine Rekonstruktion einer Hilfsaktion auf dem Mittelmeer, an der Sea Watch und die Libysche Küstenwache beteiligt waren. Das Video wurde am 27.01.19 auf Spiegel Online veröffentlicht. [Der Spiegel Online schreibt dazu](#): "Menschen ertrinken neben dem libyschen Küstenwachschiff, Helfer werden bedroht: Ein "New York Times"-Video rekonstruiert hautnah eine Hilfsaktion auf dem Mittelmeer, bei der mindestens 20 Menschen ihr Leben verloren. ACHTUNG - einige der hier gezeigten Szenen könnten verstörend wirken."

Was das Video nicht mehr zeigt ist Folgendes: Menschen, die von der Libyschen Küstenwache „gerettet“ werden, werden zurück nach Libyen gebracht und dort in sogenannten *Detention Centres* – also Haftanstalten – als illegale Migranten inhaftiert. Ein Bericht des UNHCR von Mai 2018, über den verschiedenste Medien übereinstimmend (z.B. [Spiegel Online](#)) berichteten, spricht von Folter, Menschenhandel, Vergewaltigungen und mutmaßlichen Hinrichtungen. Das

Auswärtige Amt hat die Zustände in libyschen Flüchtlingslagern [in einem Bericht als KZ-ähnlich beschrieben](#).

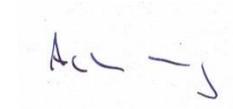
Ich möchte diese Veröffentlichungen zum Anlass nehmen, um die politische Dimension der Arbeit der Caritas in den Fokus zu rücken. Die Caritas versteht sich als Anwältin für diejenigen Menschen, die tagtäglich unsere Beratungsdienste aufsuchen. Viele dieser Menschen sind ebenfalls über das Mittelmeer nach Europa gekommen und haben Glück gehabt, dass sie die Reise überlebt haben.

Insbesondere in diesem Jahr – dem Jahr der Europawahl Ende Mai – ist es wichtig auf die Folgen der deutschen und europäischen Migrationspolitik aufmerksam zu machen. Viele EU-Politiker*innen setzen auf weitere Abschottung und Verschärfung der Flüchtlings- und Migrationspolitik, um die Zahlen nach Europa kommender Migrant*innen weiter zu reduzieren. Dass es dabei um Menschenleben geht, spielt im Kampf um die Stimmen der Wähler*innen offenbar keine Rolle. Auch nicht, dass diese Symbolpolitik keine echte Lösung globaler und nationaler Probleme darstellt: Weder werden Menschen in lebensbedrohlichen Situationen zurückbleiben, wenn der einzige Ausweg ebenfalls lebensbedrohlich ist, noch löst sich die jahrzehntelange politische Vernachlässigung des Sozialstaats in Luft auf, wenn weniger Flüchtlinge und Migrant*innen nach Deutschland kommen.

Die Caritas muss auf diese Situation aufmerksam machen - beispielsweise in Form der Beteiligung an lokalen Seebrücke-Bündnissen oder der sichtbaren Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen, die das Thema in den Mittelpunkt rücken. Im Jahr der Europawahl muss die Caritas mit den Menschen ins Gespräch kommen, ihnen komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge verständlich erklären und Lösungsvorschläge präsentieren. Die Caritas will die Menschen ausdrücklich ermutigen, an der Wahl teilzunehmen und eine kluge Wahl zu treffen. Denn eines der größten Probleme einer geringen Wahlbeteiligung wird eine daraus folgende Überrepräsentation der Ränder des Parteienspektrums.

Lassen Sie uns gemeinsam vorangehen!

Mit freundlichen Grüßen



Achim Eng
Diözesan-Caritasdirektor